



Berlin, 28. Juli 2017

Positionspapier zur Zukunft der Freiwilligendienste

Die Internationalen Jugendgemeinschaftsdienste (ijgd) sind ein bundesweit und international tätiger Träger von Freiwilligendiensten, der nahezu die gesamte Bandbreite an Dienstformen anbietet, die es derzeit im Freiwilligenbereich in Deutschland gibt. Hierzu gehören internationale Workcamps, mittelfristige Freiwilligendienste im Ausland, das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ), das FSJ in der Denkmalpflege, das FSJ im politischen Leben, das FSJ in Naturwissenschaft, Technik und Nachhaltigkeit, der Bundesfreiwilligendienst (BFD) und der BFD mit Fluchtbezug, das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) und der Ökologische Bundesfreiwilligendienst (ÖBFD), der Internationale Jugendfreiwilligendienst (IJFD), weltwärts und weltwärts-Süd-Nord sowie der Europäische Freiwilligendienst/ERASMUS+.

Ausgehend von den Anfängen als Workcamp-Organisation haben die ijgd in ihrer fast 70-jährigen Geschichte immer wieder neue Freiwilligendienstformate in ihr Angebot aufgenommen und in Zusammenarbeit mit verschiedenen Partnern neue Dienstformen entwickelt und erfolgreich etabliert. Allen Freiwilligendiensten gemeinsam ist die Verknüpfung gemeinwohlorientierter Tätigkeiten mit wichtigen Lernerfahrungen für Menschen mit vielfältigen Hintergründen und in unterschiedlichen Lebenssituationen.

Die ijgd bieten ein breites Angebot an Freiwilligendiensten und ermöglichen damit ein Engagement in vielen verschiedenen Einsatzbereichen. Unsere Freiwilligendienste sind offen für Jugendliche und Erwachsene, unabhängig von Nationalität, sozialem Hintergrund, Geschlecht und Religion. Diese Vielfalt bei den Angeboten und bei den Freiwilligen eröffnet allen Beteiligten ein breites Spektrum an Erfahrungsmöglichkeiten und Optionen.

Um die Freiwilligendienste als besondere Form des zivilgesellschaftlichen Engagements mit hoher Qualität umsetzen und pädagogisch begleiten zu können, bedarf es qualifizierter Träger und guter Rahmenbedingungen. Neben den zivilgesellschaftlichen Akteuren haben Politik und Verwaltung in der Vergangenheit viel zum Erfolg der Freiwilligendienste beigetragen.

Mit Blick auf die Herausforderungen, vor denen die nächste Bundesregierung stehen wird, halten wir es für unabdingbar, die Freiwilligendienste als bedeutsamen Faktor zum Erhalt und zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts zu stärken und weiterzuentwickeln.

Mit den nachfolgenden Überlegungen, Anregungen und Forderungen wollen die Internationalen Jugendgemeinschaftsdienste einen Beitrag dazu leisten, dass dies gelingt.

Freiwilligendienste als Chance

Die Gestaltung des Übergangs von Schule in Ausbildung oder Studium ist für junge Menschen eine große Herausforderung. Das Angebot ist umfassend, vielfältig und unübersichtlich. Die Jugendlichen stehen unter einem enormen Druck, innerhalb kurzer Zeit eine lebensprägende Entscheidung zu treffen. Hier bieten die Freiwilligendienste die Möglichkeit einer „Auszeit“, der Orientierung, des Perspektivwechsels, der Übernahme von Verantwortung und des Engagements für das Gemeinwohl sowie für gesellschaftspolitische Querschnittsthemen (Ökologie, entwicklungspolitische Bildung, Diversität, Denkmalschutz, politische Bildung etc.). Das Ableisten eines Freiwilligendienstes, in dem das non-formale Lernen einen großen Raum einnimmt, ist ergänzend zur schulischen Bildung ein wichtiger Baustein für eine erfolgreiche Bildungsbiografie und den weiteren Werdegang eines jungen Menschen.

Für lebensältere Menschen können sich durch die Teilnahme an einem Freiwilligendienst neue Aufgaben und Lebensperspektiven eröffnen. Durch ihre gemeinwohlorientierte Tätigkeit erleben sie Wertschätzung und Anerkennung, gewinnen neue Erkenntnisse und finden möglicherweise ein sinnvolles Aufgabenfeld oder eine Möglichkeit des langfristigen ehrenamtlichen Engagements.

Wir fordern daher den bedarfsgerechten Ausbau aller Freiwilligendienste, um sie inklusiv zu gestalten und allen Menschen unabhängig von ihrem Bildungsabschluss, ihrem Geschlecht, ihrer Staatsangehörigkeit, ihren kulturellen oder ethnischen Hintergründen sowie ihren sonstigen Lebensumständen und besonderen Bedarfen die Teilnahme zu eröffnen.

Bildung und Orientierung durch Freiwilligendienste

Freiwilligendienste bieten wichtige Lernerfahrungen und sind wesentlich durch die pädagogische Begleitung geprägt. Qualitativ hochwertige Bildungsangebote für junge und ältere Freiwillige müssen gewährleistet werden.

Der Aufwand der gesetzlich festgelegten pädagogischen Begleitung (Seminar- und Bildungstage, pädagogische Betreuung zwischen den Seminaren, fachliche Anleitung) ist durch den Bund weiterhin entsprechend zu fördern.

Wir fordern daher

- die Möglichkeit für die Träger von Freiwilligendiensten, alle vorgesehenen Seminartage selbst durchzuführen. Dies beinhaltet auch die Übernahme und Durchführung der politischen Bildung für die Freiwilligen im Bundesfreiwilligendienst. Der finanzielle Mehraufwand für den Träger ist auszugleichen.
- eine Verringerung des Aufwands zur Beantragung der Kostenerstattung für den erhöhten pädagogischen Aufwand, der mit dem Einsatz von Freiwilligen mit besonderem Förderbedarf sowie von Freiwilligen aus dem Ausland verbunden ist.

Öffentlichkeitsarbeit

Um allen Menschen in Deutschland den besonderen Stellenwert eines Freiwilligendienstes zu vermitteln, ist eine umfassende Öffentlichkeitsarbeit unabdingbar. Durch die Öffentlichkeitsarbeit sollen nicht nur potenzielle Bewerber_innen gefunden werden, sondern es soll einer möglichst breiten Bevölkerungsschicht der Nutzen eines Freiwilligendienstes für die persönliche Orientierung, die Berufsfindung und das ehrenamtliche Engagement vermittelt werden. Die Öffentlichkeitsarbeit unterstützt die Akzeptanz, Wertschätzung und Anerkennung auf allen Ebenen, z.B. bei Eltern, in der Wirtschaft, für die Ausbildung, für das Studium.

Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit sind ein elementarer Bestandteil der Durchführung der Freiwilligendienste. Bisher wird die Öffentlichkeitsarbeit nur in einigen Formaten (z.B. im weltwärts-Programm) in den Fördermitteln berücksichtigt.

Wir fordern daher in alle Freiwilligendiensten die angemessene Förderung von Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit und für Ausgaben, die in Zusammenhang mit den Vermittlungsbemühungen vor Beginn des Freiwilligendienstes entstehen, die in den derzeit bestehenden Finanzierungsmodalitäten in der Regel nicht berücksichtigt sind.

Anerkennungskultur

Wertschätzung und Anerkennung haben für das ehrenamtliche Engagement eine besondere Bedeutung. Die aktiven Freiwilligen können das unmittelbar bei ihrem Einsatz in den Einsatzstellen erfahren. Für die Etablierung einer wirksamen Anerkennungskultur müssen wir jedoch eine wahrnehmbare Form der gesellschaftlichen Wertschätzung entwickeln.

Eine Gesellschaft, die auf die Unterstützung von vielen engagierten Freiwilligen angewiesen ist, muss sich darüber Gedanken machen, wie sie das Engagement mit all seinen Facetten dauerhaft in den Blickpunkt der Öffentlichkeit rücken kann.

Um eine erhöhte Akzeptanz und Würdigung des ehrenamtlichen Engagements in der Gesellschaft zu erreichen, fordern wir eine öffentlichkeitswirksame Anerkennungskampagne für Freiwilligendienste auf Bundesebene. Zusätzlich muss die gesellschaftliche Wertschätzung mit konkreten Anerkennungsformen zum Ausdruck gebracht werden.

Wir fordern daher

- die Ermöglichung der kostenlosen Nutzung des ÖPNV für Freiwillige während ihrer Dienstzeit.
- die flächendeckende kostenlose oder ermäßigte Nutzung öffentlicher und privater Angebote wie Theater, Museen, Bäder und Konzerte.
- die Anerkennung der Freiwilligendienste als Praktikum bei einschlägigen Ausbildungsgängen oder die Verkürzung der Ausbildung bei entsprechenden Ausbildungsgängen und Tätigkeiten.
- eine Initiative der Kultusministerkonferenz zur Sicherstellung einer flächendeckenden Regelung für die Berücksichtigung eines absolvierten Freiwilligendienstes bei der Vergabe von Studienplätzen.
- die Nichtanrechnung der Freiwilligenvergütung bei Hartz-IV-Empfänger_innen.

Subsidiarität

Das Subsidiaritätsprinzip ist eine zentrale Säule des Sozialstaates und muss auch im Bereich der Freiwilligendienste weiter gestärkt und ausgebaut werden. Aufgabe des Bundes ist es demnach, die finanziellen und rechtlichen Rahmenbedingungen zu gewährleisten, die Umsetzung erfolgt durch die Zivilgesellschaft im Rahmen des Trägerprinzips, das für alle Freiwilligendienste Beachtung finden muss.

Wir fordern daher eine Abgrenzung des Bundesamtes für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) zur klassischen Zentralstelle. Es muss das Ziel sein, die derzeitige Doppelrolle des Bundesamtes abzuschaffen, um die zivilgesellschaftliche Ausprägung der Freiwilligendienste zu garantieren und weiter auszubauen.

Trägerprinzip

Das Trägerprinzip muss gestärkt werden. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass die Verträge für alle Freiwilligendienste über den jeweiligen Träger erstellt werden können. Die Begleitung der Freiwilligen und die Entwicklung sowie Durchführung der Bildungsangebote liegen in der Verantwortung der Träger. Daher müssen auch die Qualitätsstandards von uns Trägern entwickelt und fortlaufend überprüft werden.

Die Vielfalt in der Trägerlandschaft bietet einen flexiblen Rahmen für Innovationen, Weiterentwicklung und steht damit für Lebendigkeit und eine spezifische Fachlichkeit in den Bereichen.

Wir fordern daher die Absicherung des Trägerprinzips und eine Stärkung der Rolle der zivilgesellschaftlichen Träger in sämtlichen Freiwilligenprogrammen, insbesondere auch im BFD.

Freiwilligkeit der Dienste

Die Freiwilligkeit bildet einen der zentralen Grundsätze der Freiwilligendienste und die Voraussetzung für selbstorganisiertes und motiviertes Wirken. Diese Motivation grenzt die Freiwilligenarbeit von möglichen Pflichtdiensten an der Gesellschaft ab. In den Arbeitsgrundsätzen der iJGD wird Wert darauf gelegt, dass Freiwillige ihr Engagement nicht nur als Dienst an der Gesellschaft, sondern auch als Möglichkeit wahrnehmen, sich selbst zu orientieren und zu lernen. Die Freiwilligenarbeit bietet Freiräume, etwas Neues und sich selbst ohne gesellschaftlichen Leistungsdruck auszuprobieren. Die Freiwilligkeit umfasst die freiwillig gewählte Verpflichtung zur Übernahme von Verantwortung in einem zeitlich befristeten Dienst und ist ein hohes Gut, das gegen Versuche zur Einrichtung von Pflichtdiensten zu verteidigen ist.

Wir fordern daher eine klare Absage an jegliche Versuche, gesellschaftliche Pflichtdienste in die Diskussion zu bringen und ihre (Wieder-)Einführung voranzutreiben.

Finanzierung, Planungssicherheit, Bewerbungsverfahren

Freiwilligendienste sind Garanten einer nachhaltigen Engagementkultur und einer lebendigen Zivilgesellschaft. Um dieses wichtige Fundament einer stabilen Demokratie zu erhalten und ausbauen zu können, brauchen Freiwilligendienste Planungssicherheit und eine auskömmliche Finanzierung. Nur so kann die notwendige Kontinuität bei der Schaffung und Verstärkung eines vielfältigen Angebots an Einsatzmöglichkeiten und einer verlässlichen pädagogischen Begleitung sichergestellt werden.

Wir fordern daher

- den bedarfsgerechten Ausbau der Freiwilligendienste, insbesondere des Internationalen Jugendfreiwilligendienstes und des Freiwilligen Ökologischen Jahres, deren Kontingentbeschränkungen dem hohen Interesse bei Bewerber_innen, Einsatzstellen und Partnerorganisationen derzeit nicht gerecht werden.
- die Schaffung von Planungssicherheit durch die langfristige Bereitstellung verlässlicher Finanzmittel durch Verpflichtungsermächtigungen für mehrere Haushaltsjahre.
- die regelmäßige Anpassung der Fördersätze an die steigenden Lebenshaltungskosten und Tariferhöhungen im öffentlichen Dienst.
- den Ausbau der Förderung der Freiwilligendienste durch die Bereitstellung finanzieller Mittel durch die Bundesländer, in denen die Freiwilligendienste geleistet werden.

Bürokratieabbau

In vielen Freiwilligendienstformaten ist der Aufwand für die Durchführung des Verfahrens und die Verwaltung in den letzten Jahren deutlich gestiegen und inzwischen außerordentlich hoch. Hier gilt es den bürokratischen Aufwand deutlich zu reduzieren und das Antrags- und Nachweisverfahren zu vereinfachen.

Wir fordern daher

- eine grundlegende Reduzierung des administrativen Aufwands und die Förderung aller Freiwilligendienste auf Basis von Pauschalsätzen pro nachgewiesenem Freiwilligenmonat ohne aufwändige Einzelnachweise der entstandenen Kosten. Eine solche Verwaltungserleichterung ist ohne die Gefahr einer missbräuchlichen Mittelverwendung durch die Träger umsetzbar.
- die Abschaffung der Zwischenverwendungsnachweise zum Ende eines Kalenderjahres bei zyklusbezogenen Förderungen, die vom 01.09. bis zum 30.08. des Folgejahres laufen.
- die Reduzierung der Nachweispflichten bei der Finanzierung eines erhöhten pädagogischen Förderbedarfs. Die derzeitigen Regelungen werden den Anforderungen der Praxis nicht gerecht, weil der möglichen Verbesserung der pädagogischen Betreuung eine überdurchschnittliche Erhöhung des Verwaltungsaufwandes gegenübersteht, so dass viele Träger auf eine Beantragung der Mittel verzichten.

Arbeitsmarktneutralität

Die Arbeitsmarktneutralität ist ein zentraler Aspekt der Freiwilligendienste, auf dessen Einhaltung wir als Träger bestehen. Freiwillige übernehmen in den Einsatzstellen zusätzliche Aufgaben, an denen sie lernen und sich ausprobieren können. Sie ersetzen keine Fachkräfte. Im engen Kontakt mit den Einsatzstellen und den Freiwilligen werden die Arbeitsaufgaben definiert und fortlaufend überprüft. Ein Freiwilligendienst darf in keinem Fall durch fehlende Arbeitsmarktmaßnahmen missbraucht werden.

Wir fordern daher die Unterstützung der Träger von Freiwilligendiensten bei ihren Bemühungen zur Sicherstellung der Arbeitsmarktneutralität. Dies umfasst auch die Schaffung entsprechender Rahmenbedingungen für die Bereitstellung ausreichender Mittel zur Beschäftigung von Fachkräften in den Einsatzfeldern der Freiwilligendienste durch die öffentliche Hand.

Teilzeitmöglichkeit für U-27 Jahre auch im FSJ anbieten

Grundsätzlich sind die Jugendfreiwilligendienste Vollzeitdienste und sollen auch als solche bestehen bleiben. Die Möglichkeit der Reduzierung der Wochenarbeitsstunden kann in Einzelfällen (z.B. für Alleinerziehende oder bei Pflege von Angehörigen) die Teilnahme an einem FSJ oder FÖJ allerdings erst zulassen.

Wir fordern daher, sowohl eine Stundenreduzierung für die gesamte Dauer als auch nur für einen Teil des Jugendfreiwilligendienstes zu ermöglichen, die den individuellen Bedürfnissen angepasst werden kann. Der Fokus zur Reduzierung liegt hierbei eindeutig auf Seiten des Freiwilligen und nicht der Einsatzstelle. Die Bildungsarbeit bleibt von der Reduzierung ausgenommen. Der Träger erstellt transparente Kriterien zur Bewilligung von Stundenreduzierungen. Diese verfolgen ausschließlich das Ziel, allen jungen Menschen die Ableistung eines Jugendfreiwilligendienstes zu ermöglichen.

Kurzfristige Freiwilligendienste

Internationale Workcamps und damit so genannte Kurzzeitfreiwilligendienste sind ein elementarer Bestandteil aktueller internationaler Jugendbildung. In der internationalen Jugendarbeit stehen der Umgang mit Vielfalt, die Toleranz gegenüber Fremdem und das interkulturelle Lernen im Vordergrund.

Internationale Begegnungen/Workcamps sind zwei- bis vierwöchige Maßnahmen, bei denen sich Jugendliche aus aller Welt in gemeinnützigen Projekten engagieren. Durch die Begegnung Jugendlicher aus unterschiedlichen Nationen und die gemeinsame Arbeit an einem gemeinnützigen Projekt werden Eigenverantwortlichkeit und Demokratieverständnis gefördert und gleichzeitig ein wichtiger Beitrag zu Frieden und Völkerverständigung geleistet.

Während dieser zwei- bis vierwöchigen Maßnahmen gestalten junge Menschen ihre Aktivitäten selbstbestimmt mit, bringen ihre Interessen und Stärken ein, lernen mit neuen Situationen umzugehen und Verantwortung für eigenes Handeln zu übernehmen. Internationale Workcamps sind somit ein wichtiger Beitrag zur individuellen Persönlichkeits- und Identitätsbildung junger Menschen, leisten durch ihren ehrenamtlichen Arbeitseinsatz aber auch einen nicht unerheblichen und nachhaltigen Wert für die Allgemeinheit. Dieses konkrete und direkte bürgerschaftliche Engagement junger Menschen zwischen 16 und 26 Jahren stärkt die Zivilgesellschaft und fördert demokratische Strukturen im In- und Ausland.

Die Teilnahme an Workcamps bietet gerade auch jungen Geflüchteten eine niedrigschwellige Möglichkeit, sich mit den eigenen Fähigkeiten in einer internationalen Gruppe und einem überschaubaren Rahmen für ein gemeinwohlorientiertes Projekt zu engagieren. Allerdings wird ihre Teilnahme an weiter entfernten stattfindenden Workcamps durch die Residenzpflicht massiv eingeschränkt. Außerdem führen die Förderbedingungen durch die Beschränkung der Teilnehmendenzahlen mit Wohnsitz in Deutschland dazu, dass hier lebende Geflüchtete nur sehr begrenzt an Workcamps in Deutschland teilnehmen können.

Die Finanzierungsbedingungen für Workcamps haben sich im Laufe der Jahre kontinuierlich verschlechtert, so dass eine kostendeckende Umsetzung mit entsprechender Qualität kaum mehr möglich ist.

Wir fordern daher

- die Anpassung der Kostenerstattungen für die kurzfristigen Freiwilligendienste an die gestiegenen Ausgaben und die Anerkennung der indirekten Maßnahmekosten bei der Förderung durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).
- die Aufenthalts- und Förderbedingungen so zu verändern, dass – insbesondere auch minderjährigen – Geflüchteten die Teilnahme und Abrechenbarkeit im Rahmen des internationalen Kontingents ermöglicht wird.

Freiwilligendienste mit Fluchtbezug

Die Internationalen Jugendgemeinschaftsdienste begrüßen es, dass das BMFSFJ für die Jahre 2016 bis 2018 im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes (BFD) eine zusätzliche Förderung für Freiwillige mit Fluchterfahrungen und in der Arbeit mit Geflüchteten bereitgestellt hat. Eine solche Möglichkeit sollte auch für die anderen Freiwilligendienstformate geschaffen werden, um in allen Diensten die Teilnahme von geflüchteten Menschen zu ermöglichen.

Die Umsetzung des Sonderkontingents für den BFD mit Fluchtbezug stößt in der praktischen Umsetzung immer wieder auf Hemmnisse, die weiter abgebaut werden müssen, um mehr Menschen mit Fluchterfahrungen einen Freiwilligendienst zu ermöglichen.

Wir fordern daher

- die Nichtanrechnung der Freiwilligenvergütung bei Leistungsbezug vom Sozialamt (Grund-/Analogleistungen), mindestens die Erhöhung der Taschengeld-Freibeträge auf 200,- € für Bundesfreiwillige.
- die Öffnung des Sonderkontingents für minderjährige Geflüchtete ab 16 Jahren.
- die Befreiung von der Residenzpflicht für Geflüchtete, wenn sie eine Zusage für einen BFD in einer Einsatzstelle in einem anderen Landkreis oder einem anderen Bundesland nachweisen können.
- den weiteren flächendeckenden Abbau bürokratischer Hürden bei der Erteilung der entsprechenden Zustimmungen zur Teilnahme von Geflüchteten am Freiwilligendienst durch die Ausländerbehörden.

Die Integration von Menschen mit Flucht- und anderen Migrationserfahrungen wird eine der großen Herausforderungen der nächsten Jahre bleiben. Um dieser gesellschaftlichen Aufgabe auch in den Freiwilligendiensten gerecht werden zu können, sind weitere Maßnahmen notwendig.

Wir fordern daher

- die Sondermittel für den BFD mit Fluchtbezug auch über den bisher vorgesehenen Zeitpunkt (31.12.2018) hinaus zur Förderung der Freiwilligendienste zu erhalten und für die bedarfsgerechte Verstärkung und den Ausbau des Bundesfreiwilligendienstes und der Jugendfreiwilligendienste zur Verfügung zu stellen.
- zusätzliche Mittel insbesondere für den Ausbau von Freiwilligendiensten im Bereich der interkulturellen Arbeit und für Menschen mit Fluchterfahrung auch nach Abschluss der Asylverfahren zu sichern.
- die Fördermöglichkeiten für Zielgruppen mit besonderen Förderbedarfen in der Begleitung so weiterzuentwickeln, dass Integration und Inklusion gestärkt werden.

Internationale Freiwilligendienste

In einer zunehmend globalisierten und enger zusammenwachsenden Welt nimmt die Bedeutung der internationalen Freiwilligendienste weiter zu. Freiwillige in den internationalen Diensten tragen in den Einsatzstellen, aber auch als Rückkehrer_innen wesentlich zu internationaler Verständigung, gelebter weltweiter Solidarität und einem Zuwachs an interkulturellen Kompetenzen im Projekt- und Herkunftsland bei. Gerade im internationalen Bereich ist Planungssicherheit eine besonders wichtige Voraussetzung für Qualität in den Freiwilligendiensten, da die Kontinuität in den Partnerbeziehungen für den Aufbau vertrauensvoller Zusammenarbeit unerlässlich ist. Dies gilt sowohl für die Freiwilligen in den Entsendeprogrammen (Outgoing) als auch für Freiwillige, die aus dem Ausland nach Deutschland kommen, um ihren Beitrag in einem gemeinwohlorientierten Projekt zu leisten (Incoming).

Wir fordern daher

- den bedarfsgerechten Ausbau, die dauerhafte Planungssicherheit und die spürbare Erhöhung der Fördermittel für die Auslandsfreiwilligendienste, insbesondere für die Förderung des Internationalen Jugendfreiwilligendienstes durch das BMFSFJ, ohne dass dies zu Lasten der nationalen Freiwilligendienste geht.
- die Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln für die Reisekosten ins Gastland, um allen Bewerber_innen die Teilhabe zu ermöglichen.
- den weiteren Ausbau der Förderung des Incomings für Freiwillige aus dem Ausland in allen Programmen und die Entbürokratisierung der vorhandenen Zusatzförderungen für diese Zielgruppe.
- die Erleichterung der Visa-Erteilung für Freiwillige in den Incoming-Programmen durch entsprechende Vorgaben des Auswärtigen Amtes an die deutschen Botschaften im Ausland, wenn sie bei der Antragstellung einen Platz in einem durch die Bundesregierung geförderten Freiwilligenprogramm nachweisen können.
- den Verzicht auf die Erhebung von Visa-Gebühren oder die Förderung der dabei entstehenden Kosten durch die Mittelgeber (im Incoming und im Outgoing) in allen Freiwilligenprogrammen, ähnlich den Bedingungen im weltwärts-Programm.
- die Bereitstellung von Fördermitteln für die Vor- und Nachbereitung ihres Freiwilligendienstes für Incoming-Freiwillige in ihren Heimatländern und den Ausbau von internationalen Partnerschaften zur Umsetzung von Freiwilligendiensten, ähnlich den Bedingungen im weltwärts-Programm.

Wir sind überzeugt, dass die Verwirklichung dieser Anregungen ein zentraler Baustein einer umfassenden Engagementstrategie ist, die dazu beiträgt, unser Gemeinwesen zu stärken und in einer globalisierten Welt das Verständnis füreinander zu fördern.